

HEFT 1/2

ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESGERICHTSHOFES
HERAUSGEGEBEN VON DEN MITGLIEDERN
DES GERICHTSHOFES UND DER BUNDESANWALTSCHAFT

ENTSCHEIDUNGEN
DES BUNDESGERICHTSHOFES
IN ZIVILSACHEN

51. BAND

2-103



1969

CARL HEYMANNS VERLAG KG
KÖLN · BERLIN

Nr.		Seite
11.	11. XI. 68 VIII ZR 151/66	Nichtigkeit eines Formularvertrags, der eine Vielzahl von gegen die guten Sitten verstößenden und nicht überschaubaren allgemeinen Geschäftsbedingungen enthält 55
12.	14. XI. 68 KVR 1/68	(Beschl.) 1. Voraussetzungen der Zulässigkeit einer Untätigkeitsbeschwerde. 2. Zur Zulässigkeit der Rechtsbeschwerde in dem durch die Untätigkeitsbeschwerde eingeleiteten Verfahren. 3. Kein Anspruch eines Dritten auf ein Einschreiten der Kartellbehörde gegen ein marktbeherrschendes Unternehmen nach § 22 Abs. 4 GWB, wenn die Voraussetzungen des Eingriffstatbestands zugleich Grundlage eines zivilrechtlichen Anspruchs nach §§ 26 Abs. 2, 35 GWB sind 61
13.	18. XI. 68 II ZR 152/67	Ist die einem Wechsel zugrundeliegende Kaufpreisforderung aus einem Abzahlungsgeschäft durch Rücktritt des Verkäufers erloschen, so kann die Bank, die dem Verkäufer einen Diskontkredit zum Zweck der Hereinnahme von Wechseln aus seinen Abzahlungsgeschäften gewährt hat, die Wechselforderung gegenüber dem Abzahlungskäufer nicht mehr geltend machen; der Ersatzanspruch aus § 2 AbzG tritt nicht ohne weiteres an die Stelle der ursprünglichen Forderung 69
14.	21. XI. 68 VII ZR 77/66	Zu den Voraussetzungen der Kündigung eines Schiedsvertrags durch eine inzwischen verarmte Vertragspartei 79
15.	25. XI. 68 II ZR 78/68	Kündigung einer KG durch einen Gesellschafter nach Pfändung des Auseinandersetzungsanspruchs eines Mitgesellschafters und Wirksamkeit der sich daran anschließenden Übernahmeerklärung eines von mehreren unverschuldeten Gesellschaftern 84
16.	26. XI. 68 VI ZR 212/66	Zur Haftung des Herstellers, wenn bei bestimmungsgemäßer Verwendung eines Industrieerzeugnisses eine Person oder eine Sache dadurch geschädigt wird, daß das Produkt fehlerhaft hergestellt war 91
17.	26. XI. 68 VI ZR 189/67	Bei Tötung der Ehefrau ist der Schadensersatzanspruch des Mannes wegen ihres Ausfalls in der Führung des Haushalts unter dem Gesichtspunkt der Beeinträchtigung des Unterhaltsrechts zu beurteilen; ein solcher Anspruch ist auch im Bereich der Sondergesetze der Gefährdungshaftung begründet 109
18.	28. XI. 68 VII ZR 157/66	Die Abrede in einem Bauvertrag, durch die die Abtretung des Vergütungsanspruchs des Bauunternehmers ausgeschlossen wird, verstößt grundsätzlich nicht gegen die guten Sitten 113
19.	29. XI. 68 V ZR 59/65	Grundeigentums-Zubehörungen können auch auf fremdem Grund und Boden angelegt sein. Auch der Entzug von Grundwasser kann ein Bergschaden sein 119
20.	2./3. XII. 68 III ZR 2/68	Der Testamentsvollstrecker kann eine Pflichtteilsforderung ohne den Willen des Erben nicht mit Wirkung gegen diesen rechtsgeschäftlich anerkennen 125

INHALT

Nr.		Seite
1.	30. IX. 68 II ZB 1/68	(Beschl.) Wird eine an ein richtig bezeichnetes Schiffahrtsobergericht adressierte Berufungsschrift von der Post fehlgeleitet, so ist das ein Wiedereinsatzungsgrund 1
2.	3. X. 68 III ZR 16/66	Der Anspruch eines Impfgeschädigten gegen das Land auf Entschädigungsleistungen nach §§ 51 ff BSeuchG geht nicht nach § 1542 RVO auf einen Sozialversicherungsträger über 3
3.	3. X. 68 X ZR 27/67	1. Die ordentlichen Gerichte können im Verletzungsprozeß auch die sog. absoluten Schutzvoraussetzungen eines Gebrauchsmusters, beispielsweise das Raumformerfordernis, nachprüfen. 2. Zur Frage des Raumformerfordernisses eines Gebrauchsmusters 8
4.	7. X. 68 AnwZ (B) 8/68	(Beschl.) Die Tätigkeit des stellvertretenden Leiters der Rechtsabteilung einer Gewerkschaft, über Anträge von Gewerkschaftsmitgliedern auf Gewährung von Rechtsschutz durch die Gewerkschaft zu befinden, steht einer Zulassung als Rechtsanwalt nicht entgegen 16
5.	17. X. 68 KVR 5/67	(Beschl.) Zu den Voraussetzungen, unter denen die Preisbindung einer Ware (hier: eines Kleinartikels des täglichen Bedarfs, sog. Mitgehartikels) geeignet ist, in einer durch die gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse nicht gerechtfertigten Weise ein Sinken der Preise zu verhindern 21
6.	17. X. 68 VII ZR 23/68	Der Mangel der Parteifähigkeit kann nach ihrer Herstellung noch in der Revisionsinstanz durch nachträgliche Genehmigung geheilt werden. Die Genehmigung ist eine Prozeßhandlung, deren Wirkung nach dem Recht des Prozeßgerichts zu beurteilen ist 27
7.	24. X. 68 II ZR 216/66	1. Eine werdende GmbH ist auch bei Fortführung eines eingebrachten Handelsgeschäfts keine OHG. 2. Bei gemeinsamer Führung dieses Handelsgeschäfts haften die Gründer-Gesellschafter für alle in diesem Rahmen vor Eintragung der GmbH abgeschlossenen Geschäfte. 3. Für Verbindlichkeiten, die durch die Abwicklung einer vor der Eintragung aufgelösten GmbH entstehen, haften die Gründer-Gesellschafter gesamtschuldnerisch. 4. Für eine vor der Eintragung aufgelöste GmbH kann das Gericht keinen Liquidator bestellen 30
8.	29. X. 68 VI ZR 137/67	Kein Rückgriff der Berufsgenossenschaft gegen einen zweiten Schädiger, soweit der für den Unfall verantwortliche Unternehmer ohne die Haftungsfreistellung nach § 636 RVO für den Schaden aufkommen müßte 37
9.	30. X. 68 I ZR 52/66	Zur Frage des Wettbewerbsverstoßes durch fotomechanischen Nachdruck gemeinfreier Werke der Literatur, insbesondere vergriffener Werke . . . 41
10.	31. X. 68 V ZR 117/67	Ein zu Unrecht gelöscht Erbbaurecht kann nach gutgläubigem Zwischenerwerb von Grundpfandrechten Dritter auch an anderer als an erster Rangstelle wieder in das Grundbuch eingetragen werden 50